

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
04/2013*



Liebe FreundInnen!

Am Mittwoch, dem 03. April kam der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen.

Thema war die Kritik des Rechnungshofs an den Auftragsvergaben im Innenministerium.

Auch dieses Mal gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL



## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Mittwoch, dem 3. April 2013, trat der Nationalrat zu einer von den Oppositionsparteien FPÖ, Grünen und BZÖ beantragten Sondersitzung zusammen. Im Rahmen der von den Grünen gestellten Dringlichen Anfrage „Beraterparadies im BMI“ wurde die Kritik des Rechnungshofs an den Auftragsvergaben im Innenministerium thematisiert.

SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** listete im Rahmen der Behandlung der **Dringlichen Anfrage die Verfehlungen des Innenministeriums** auf und betonte, dass die dabei entstehende **Optik inakzeptabel** sei. Die SPÖ sei bereits in ihrer Oppositionszeit als Kritikerin des Systems Strasser aufgetreten und stehe auch heute noch dazu. Cap betonte die **Unabhängigkeit des Rechnungshofes**, dem Respekt entgegengebracht und dessen Vorschläge ernsthaft diskutiert werden müssten. Abschließend forderte er **generelle, grundsätzliche Regelungen für mehr Transparenz bei Vergaben**, um Schaden von der Demokratie abzuwenden.

SPÖ-Sicherheitssprecher **Otto Pendl** stellte fest, dass die **Kostenexplosion** bei der **Vergabe des Blaulichtfunks** unter Innenminister Strasser **einer modernen Demokratie nicht würdig** sei und wies darauf hin, dass der digitale Blaulichtfunk trotz zu erwartender **Kosten von rund 1,15 Milliarden Euro** nur in drei Bundesländern und zwei Landeshauptstädten funktioniert. „Solche Abläufe haben in einer modernen Verwaltung und Demokratie nichts verloren. Wir sind gemeinsam dazu aufgerufen, Abläufe, wie die im Rechnungshofbericht aufscheinenden, hintan zu halten. Solche Abläufe dürfen in Zukunft nicht mehr vorkommen. Versuchen wir also gemeinsam und konstruktiv, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen“, sagte Pendl.

Auch SPÖ-Abgeordnete **Angela Lueger** beschäftigte sich mit dem **Digitalfunk** als **negativem Beispiel für einen Beschaffungsvorgang**. Generell kritisierte sie **fehlende Vergleichsangebote, fehlende Bedarfsprüfungen, fehlende Dokumentationen** und **unzulässige Direktvergaben** bei Beschaffungsvorgängen im Innenministerium und betonte den bestehenden **Erklärungsbedarf gegenüber den SteuerzahlerInnen**. SPÖ-Rechnungshofsprecherin **Christine Lapp** hob ebenfalls die **Verpflichtung gegenüber den SteuerzahlerInnen** hervor und bezeichnete freihändige Vergaben als „nicht vertrauensbildende Maßnahmen“. Die SteuerzahlerInnen müssten darauf **vertrauen** können, dass ihr **Geld effizient verwendet** wird. Sie thematisierte auch die **Rolle der internen Revision**, die in sechs Jahren nur eine Überprüfung durchgeführt hat. SPÖ-Abgeordneter **Rudolf Plessl** forderte eine **Aufarbeitung des Systems Strasser** und setzte sich mit **Ungereimtheiten bei den Auftragsvergaben** auseinander. Die Umsetzung des Digitalfunks bezeichnete er als **dilettantisch** und **Steuergeldverschwendung**.

## Details zur Rechnungshofkritik am Innenministerium

Im Prüfzeitraum 2010 lag das Innenministerium laut Rechnungshof an der Spitze aller Ministerien bei der Vergabe externer Aufträge: **72 Millionen Euro** wurden **2010 unter Fekter** extern vergeben, im Jahr davor waren es sogar 107 Millionen Euro. In **39 Prozent der Fälle** wurden **keine Vergleichsangebote** eingeholt, weshalb die Preisangemessenheit nicht überprüfbar war. In **29 Prozent** der Fälle erfolgte **keine Bedarfsprüfung** und **45 Prozent der Aufträge** wurden **direkt vergeben**. Das war bis zu einem Auftragswert unter 100.000 Euro möglich. Die Grenze wurde oft in dreister Weise unterlaufen: So wurde der offizielle **Auftragswert für das Design einer elektronischen Amtssignatur** vom BMI **bei exakt 99.999,99 Euro angesetzt**. **Bezahlt wurden** nach der freihändigen Vergabe schließlich **427.661,53 Euro**.

Der **Rechnungshof kritisiert in seinem Bericht** daher „**unzulässige Direktvergaben**“ und bemängelt „**fehlende oder nicht nachvollziehbare Auftragswerte**“, „**unzweckmäßige Vertragsgestaltung und mangelnde Leistungsdokumentation**“. Kabinettsmitarbeiter ließen sich kenzieren, um ein paar Jahre später als externe Berater Aufträge aus dem Ministerium zu erhalten – und das ohne Ausschreibung. Eine **zentrale Rolle als Auftragnehmer** hat dabei die **VP-nahe Werbeagentur Headquarter** gespielt, an der auch Ernst Strassers Ex-Kabinettschef Christoph Ulmer beteiligt war. Erst vor wenigen Wochen hat Ministerin Mikl-Leitner den umstrittenen Rahmenvertrag mit der Agentur gekündigt. Bis dahin sind über eine Million Euro aus dem Innenministerium an Headquarter geflossen.

Einen weiteren Schwerpunkt legten die RechnungshofprüferInnen auf die **Kostenexplosion bei der Vergabe des Blaulichtfunks unter Ernst Strasser**: Der Rechnungshof stellt seit 2002 **Mehrkosten von 340 Millionen Euro** fest. Der verzögerte Vollausbau des Funknetzes soll 2018 mit **Gesamtkosten von 1,15 Mrd. Euro** stehen. „Nicht nachvollziehbar“ ist für den Rechnungshof, warum Ulmer – damals ehemaliger Kabinettschef Strassers – im Vergabeprozess als externer Berater informelle Gespräche mit den späteren Siegern (Motorola und Alcatel) geführt hat.

### Pressemeldungen und Veranstaltungen:

[Muttonen begrüßt mehr Kontrolle im internationalen Waffenhandel\(03.04.2013\)](#)

## Präsentation von fair gehandelten Produkten im Parlament



Am Mittwoch, dem 20. März, fand in der Säulenhalle des Nationalrats eine Ausstellung zu fairem und nachhaltigem Handel statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Parlamentarier-Organisation AWEPA Sektion Österreich und FAIRTRADE Österreich. Die zahlreichen Besucher nutzten die Möglichkeit sich im persönlichen Gespräch mit den Organisatoren ausführlich über die Qualität von fair gehandelten Produkten sowie über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen aus den Ländern des Südens zu informieren. Weil auch hier "probieren über studieren" geht, konnten sich die Besucher an den aufgebauten Ständen vom ausgezeichneten Geschmack und der guten

Qualität der vielen fair gehandelter Lebensmittel überzeugen. Auf den Geschmack gekommen, nahmen viele die Gelegenheit wahr, den heimischen Osterhasen noch schnell mit fair gehandelten Osterüberraschungen zu versorgen.

Impressum:  
Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine Muttonen  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)